

Andreas Bühl

Ihr Abgeordneter für den südlichen Ilm-Kreis



MEIN BERICHT AUS DEM THÜRINGER LANDTAG - AUSGABE JUNI



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Unterstützer,

in dieser Woche standen für mich wieder die Landtagssitzung an. Drei Themen standen dabei für uns im Vordergrund:

Die rot-rot-grüne Regierung möchte die Unterrichtsstunden des **Sozialkundeunterrichts kürzen**. In unseren Augen als CDU-Fraktion ein absoluter Fehler: in einer aktuellen brisanten politischen Zeit muss es eher mehr Zeit in Schulen für politische Aufklärung geben.

Das **Öl- und Gasheizungsverbot der Ampel-Regierung** bleibt auch ein Thema, was uns massiv umtreibt: wir möchten, dass sich Thüringen im Bundesrat gegen das Öl und Gasheizungsverbot ausspricht, damit weiterhin jeder Bürger selbst entscheidet, welche Heizung er einbaut. Doch das ganze Gegenteil hat die rot-rot-grüne Regierung gemacht. Man wollte im Bundesrat sogar eine Regelung erreichen, damit die Länder noch strengere Regeln aufstellen können. Dies ist glücklicherweise verhindert wurden.

Außerdem haben einen Antrag zur **regionalen Versorgung mit Hebammen** gestellt, der mit Mehrheit angenommen wurde. Denn es muss in Thüringen sichergestellt sein, dass jeder kurze Weg zu Hebammen und Kliniken hat.

An diesem **Wochenende steht im südlichen Ilm-Kreis viel an**. Ob beim Stadtfest in Ilmenau, bei der internationalen Studentenwoche, beim Pferdesport in Rippersroda, beim Kindergarten-Jubiläum in Großbreitenbach und noch vielem mehr: ich bin unterwegs, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Vielleicht sehen wir uns! In jedem Fall viel Freude!

Herzliche Grüße!

Ihr Andreas Bühl



Bühl kritisiert geplanten Kahlschlag bei Sozialkundeunterricht

An den Gymnasien im Ilm-Kreis soll künftig in der 10. Klasse das Fach Sozialkunde nicht mehr verpflichtend, sondern nur als Wahloption unterrichtet werden. Gleiches plant Thüringens Bildungsminister Holter für die Fächer Geografie und Wirtschaft/Recht. Auf das Bekanntwerden dieser Pläne der rot-rot-grünen Landesregierung hat der Abgeordnete Andreas Bühl (CDU) mit scharfer Kritik und einer aktuellen Stunde im Thüringer Landtag reagiert.

"Demokratie braucht politisch mündige Bürger. Deshalb brauchen unsere Schüler auch mehr politische und gesellschaftliche Bildung, und nicht weniger", sagte Bühl. Wenn sich die Schüler im Ilm-Kreis künftig zwischen den Fächern Sozialkunde, Wirtschaft/Recht und Geografie entscheiden müssten, komme das einem Kahlschlag bei der politischen und gesellschaftlichen Bildung gleich.

„Angesichts extremer Meinungen und Wahlentscheidungen, Demokratieverdrossenheit, polarisierter Debatten und Fake News ist es heute wichtiger denn je, das Verständnis von Schülern für politische Prozesse, Argumentationen und Mitwirkungsmöglichkeiten zu fördern. Die Pläne der Ramelow-Regierung dürfen deshalb niemals umgesetzt werden“, machte Bühl deutlich.



Bühl: „Unterausschuss von Ramelows Gnaden kann Posten-Affäre nicht aufklären“

In dieser Landtagssitzung konnte der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der unverantwortlichen Einstellungspraxis der Ramelow-Regierung nicht beginnen, da die AfD mit deren Wahlvorschlag von Björn Hacke einen unwählbaren Kandidaten aufstellten. Nach Sicht der Regierungsfraktion soll ein Unterausschuss stattdessen die Aufgabe eines Untersuchungsausschusses aufnehmen. Die Ankündigung Bodo Ramelows, einem von ihm vorgeschlagenen Unterausschuss zur Aufklärung der Posten-Affäre trotz der fehlenden Befugnisse eines solchen Gremiums „alle geforderten Unterlagen“ freiwillig vorzulegen, bewertet der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Andreas Bühl, wie folgt:

„Herr Ramelow sollte seinen Worten Taten folgen lassen und als ersten Schritt alle bisher von der Landesregierung unter Verschluss gehaltenen Berichte öffentlich zugänglich machen. Bis das endlich passiert ist, bleiben seine Aussagen wenig glaubhaft. Bislang war das Verhalten der Landesregierung geprägt von Verschleppung, Verzögerung und Verschleierung, aber nicht von Kooperation. Mit einem Unterausschuss von Ramelows Gnaden kann die Posten-Affäre nicht aufgeklärt werden. Nur ein Untersuchungsausschuss hat die strafprozessualen

Möglichkeiten, die Aufklärung zu forcieren. Die Untersuchung dieser schwerwiegenden Verfehlungen kann und darf nicht vom Wohlwollen derer abhängig gemacht werden, die bisher alles versucht haben, die Aufklärung zu verhindern.“

Einladung zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953:

Am 17. Juni um 11 Uhr wird die CDU Ilmenau am Denkmal der Opfer der DDR-Gewaltherrschaft an der Ilmenauer St. Jakobus Kirche gedenken. Die Gedenkansprache wird in diesem Jahr von Vorstandsmitglied Ines Hähnlein-Wolf gehalten. Landtagsabgeordneter Andreas Bühl wird ein Beschlusspapier der Landtagsfraktion zur weiteren Aufarbeitung vorstellen.



NEUIGKEITEN AUS MEINER ARBEIT FÜR Den SÜDLICHEN ILM-KREIS

Bühl hinterfragt kriminelle Bande in Ilmenau und konfrontiert die Justizministerin

Die gewalttätigen Vorfälle in dieser Woche in Ilmenau mit einem verletzten Studenten veranlassten Landtagsabgeordneten Andreas Bühl (CDU) das Handeln der Landesregierung und der Justiz zu hinterfragen.

„Wir wollen hier in Ilmenau und in Deutschland in Frieden leben. Gewalt und Verbrechen brauchen klare und harte Antworten der Justiz. Dies trifft alle Täter, egal wo sie herkommen. Allerdings, wer kriminell wird und aus dem Ausland hier bei uns zu Gast ist, sich hier nicht integrieren und an Regeln halten will, hat sein Bleiberecht verwirkt.“ so Andreas Bühl.

In seiner Anfrage erwarte er Antworten der Justizministerin. Seines Erachtens ist der Umgang mit der gewalttätigen Bande junger Männer kein Versagen der Polizei, der Stadt Ilmenau oder der Technischen Universität. Vielmehr sei er äußerst irritiert vom Verhalten der Justiz. Die Personen hätten per richterlichen Beschluss weiterhin festgehalten werden und vorerst nicht wieder freigelassen werden dürfen, so Bühl. Doch Richter hätten die Möglichkeiten der Gesetze nicht genutzt. „Mein Eindruck, dass Justiz nicht durchgreift und Urteile ewig auf sich warten lassen, hat sich hier wieder bestärkt. Vielleicht sollte die grüne Migrationsministerin Denstädt mal mehr Justizministerin sein. Seit Jahren wird dies von der grünen Ministerin vernachlässigt.“, ärgerte sich der Abgeordnete.

Die Politik habe klare Strafraumen vorgegeben. „Nur was hilft das, wenn es die Richter nicht umsetzen, ein Verfahren gar nicht erst vor Gericht kommt oder erst Jahre später verhandelt wird, bei dem die Beweislast immer mehr schwimmt.“, sagte Landtagsabgeordneter Andreas Bühl und forderte: „Endlich unser Rechtssystem zu dem zu machen für was es da ist: Für Recht und Ordnung zu sorgen und Gerichtsverfahren zeitnah

abhandeln. Strafen dürfen nicht an der untersten Ermessensgrenze angesetzt werden, sondern sollen tatsächlich vor Wiederholung abschrecken.“, so Andreas Bühl



Erneuter Unfall auf der B88n zeigt zwingenden Handlungsbedarf auf

In einer Anfrage konfrontierte Landtagsabgeordneter Andreas Bühl (CDU) erneut die Infrastrukturministerin Susanna Karawanskij (Linke) mit dem Unfallsituation auf der B88n zwischen Gehren und Langewiesen. Bestätigt sieht sich Bühl dabei leider durch einen weiteren schweren Unfall am letzten Freitag. Zwei Menschen wurden verletzt.

Bühl verlangt von der Ministerin ein schnelleres Handeln, bevor noch mehr Menschen an diesem Unfallschwerpunkt zu Schaden kommen. Die Antworten der Ministerin waren bisher nicht abschließend. Aufgrund des am 08.02.2023 ereigneten Unfalls mit einer getöteten und einer leichtverletzten Person erfolgte ein Vor-Ort-Termin an der Unfallstelle aufgrund der Anfrage von Bühl. Es waren Vertreter des Thüringer Landesamtes für Bau und Verkehr (TLBV), der Straßenverkehrsbehörde der Stadtverwaltung Ilmenau sowie der Landespolizeiinspektion Gotha anwesend.

Die örtlich zuständige Straßenverkehrsbehörde prüfe derzeit zusammen mit Polizei und Landesbehörden, ob und wenn ja, welche Maßnahmen aufgrund der erfolgten Unfälle ergriffen werden müssen, so Karawanskij. Der Ausbauzustand des Knotenpunktes entspräche dem straßenbaulichen Standard und den gültigen Regelwerken für derartige Knotenpunkte. Die Notwendigkeit einer baulichen Veränderung sei nach gegenwärtigem Stand nicht gegeben, so die Ministerin.

"Die Prüfung darf nicht mehr ewig dauern. In Regelmäßigkeit passieren immer an der gleichen Stelle schlimme Unfälle. Es braucht hier ein Handeln des Infrastrukturministeriums. Bauliche Maßnahmen zur Entschärfung der Stelle halte ich für unabdingbar. Hierzu werde ich nun die nächste Anfrage stellen, bis sich etwas tut.", zeigte sich Bühl entschlossen.

[Hier gehts zu meinem Videobericht aus der Landtagssitzung im Juni](#)



Andreas Bühl

Mitglied des Thüringer Landtags

Bürgerbüro: Schwanitzstraße 11, 98693 Ilmenau | kontakt@andreasbuehl.de | www.andreasbuehl.de

[Newsletter abbestellen](#)